

Ein Verbot, das niemandem hilft

Das IWO informiert die Landtagsabgeordneten in NÖ über die Auswirkungen

Wien, 17. Mai 2017 – **Am Donnerstag stimmt der niederösterreichische Landtag über ein Verbot von Ölheizungen bei Neubauten ab. Doch damit werden weder Energie noch Emissionen eingespart. Schaden wird die Änderung der Bauordnung jedoch jenen Häuslbauern in entlegenen Gebieten, die auf die Ölheizung angewiesen sind. Darüber informiert das IWO die Abgeordneten des niederösterreichischen Landtags in einem offenen Brief. Inzwischen haben sich bereits mehr als 15.000 Österreicher für die Freiheit bei der Heizungswahl ausgesprochen.**

Den Energieverbrauch und damit die Emissionen zu senken ist eine gute Sache. „Mit dem Vorhaben der niederösterreichischen Landesregierung, Ölheizungen im Neubau zu verbieten, wird das aber nicht gelingen“, ist Martin Reichard, Geschäftsführer des IWO-Österreich, überzeugt. „Da heutzutage die Häuser viel besser gedämmt werden als noch vor wenigen Jahren, wird eine Heizungsart wie die Ölheizung, die auch an sehr kalten Tagen in einem schlecht gedämmten Haus viel Wärme spendet, nicht mehr sehr oft eingesetzt. Gerade aber Hauseigentümer von Gebäuden in entlegenen Gebieten und bei Fällen erhöhten Energiebedarfs, wird die Regierung in Sankt Pölten mit dieser Gesetzesänderung sehr schaden“, ist Reichard gewiss. Jene Häuslbauer, die bereits eine Ölheizung eingeplant haben, müssten jetzt umplanen und mit weiteren Kosten rechnen.

Fehlentscheidung wie Flughafen-Baustopp

Verbote hält das IWO aber auch grundsätzlich für problematisch. „Der Eingriff in die Heizungswahl führt auch zu einer Beeinflussung des Wettbewerbs. Andere Energieträger werden dadurch bevorzugt“, äußert sich Reichard kritisch gegenüber dem Vorhaben in Niederösterreich. Das Verbot sei einmalig in der EU und auch nicht rechtfertigen.

Als letzte Maßnahme richtet sich das IWO jetzt an die Abgeordneten des niederösterreichischen Landtags, um über die Auswirkungen der drohenden Gesetzesänderung zu informieren. „Es handelt sich um ein Verbot, das keine Vorteile bringt. Weder der Energieverbrauch noch die Klimabilanz werden damit in irgendeiner Form positiv beeinflusst. Die Einführung dieser Bestimmung hat keinen messbaren Einfluss auf den Klimaschutz und wird eine ähnliche Fehlentscheidung sein, wie der Stopp des Baus der dritten Piste des Flughafen Schwechat“, so Reichard.

15.000 Unterschriften für Wahlfreiheit

Eine Bevormundung der Bürger könne auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein, glaubt das IWO, das davon ausgeht, dass dieses Verbot nur der Anfang ist. „Denn was folgt nach dem Verbot der Ölheizung in Neubauten? Was wird der niederösterreichischen Bevölkerung als nächstes verboten?“ fragt sich Reichard. „Wir haben dazu beitragen, dass 45.000 alte Ölheizungen modernisiert wurden. Einsparungen von 1,1 Millionen Tonnen CO₂ wären durch Verbote nicht erreicht worden“, so Reichard.

Die Aktion „Freiheit für unsere Wärme“, die sich für Wahlfreiheit und gegen Zwang bei der Heizungswahl einsetzt, erfreut sich unterdessen starkem Zulauf. Bereits mehr als 15.000 Österreicher unterstützen die Petition des IWO durch ihre Unterschrift. Wer sich gegen die Bevormundung der Politik beim Heizen aussprechen will, kann noch bis Ende Mai unter www.freiheit-fuer-unsere-waerme.at unterschreiben.

Über das IWO

Das IWO-Österreich (Institut für Wärme- und Oeltechnik) ist ein als Verein organisiertes Kompetenzzentrum für Heizfragen und versteht sich als zentrale Informations- und Beratungseinrichtung der österreichischen Mineralölwirtschaft. Mitglieder des IWO-Österreich sind zahlreiche Unternehmen aus den Bereichen Mineralölindustrie, Energiehandel, Kesselindustrie, Installationsunternehmen, Wirtschaftskammern, Kamin- und Tankfirmen.

Ansprechpartner für Rückfragen

IWO-Österreich
Geschäftsführer Mag. Martin Reichard
Tel: 01/710 68 99-35
E-Mail: martin.reichard@iwo-austria.at
www.iwo-austria.at

communication matters
Thomas Schweinberger, MA
Tel: 01/5032303-29
E-Mail: schweinberger@comma.at
www.communicationmatters.at